Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 245. Montag den 1. September 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Morgen **Dienstag**, den **2. September**, wird aus Anlaß der **Sedan-Feier** unsere Expedition von **10 Uhr** ab **geschlossen** bleiben.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Da es wünschenswerth ist, daß an dem **Nationalfesttage Deutschlands**, dem 2. September, unserer Stadt ein festliches Gewand gegeben werde, richten wir an die Bewohner unserer Stadt das Ersuchen, an diesem Tage **die Gebäude** in würdiger Weise **mit Flaggenschmuck zu versehen.**

Leipzig, am 27. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Willisch, Aff.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß am Nationalfesttage Deutschlands, **den 2. September, Vormittags 10 Uhr** ein **Dank- und Festgottesdienst** in der Nicolaikirche stattfinden wird.

Für die **Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft**, sowie der **Königlichen Behörden** und für die **Herren Stadtverordneten** werden bei diesem Gottesdienste, **soweit thunlich**, Plätze reservirt werden.

Leipzig, den 27. August 1884.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent. I. V.: Archidiakonus Dr. Suppe.
Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Tröndlin. Willisch, Aff.

Bekanntmachung.

Das **Befahren des Weges zwischen dem ehemaligen Frankfurter Thore und dem neuen Schützenhause während der Zeit von ½3—5 Uhr Nachmittags am 2. September d. J.** wird hiermit für **Fuhrwerk jeder Art untersagt** und wird der Fahrverkehr während dieser Zeit auf den **Weg vom neuen Schützenhause nach dem Kuhthurme** verwiesen.

Zuwiderhandlungen werden mit **Geldstrafe bis zu 20 Mark** geahndet.

Leipzig, den 27. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Tröndlin.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig. I. V.: Junck, Pol.-Rath. Willisch, Aff.

Bekanntmachung.

Sämmtliche **städtische Verwaltungs- und Cassen-Expeditionen** bleiben **am 2. September d. J. geschlossen.**

Leipzig, den 28. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Willisch, Aff.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Feier des Sedantages werden am 2. September d. J. **nur Anmeldungen von Todtgeburten und Sterbefällen,** und zwar Vormittags von 8 bis 10 Uhr expedirt.

Leipzig, am 30. August 1884.

Das Königl. Sächs. Standesamt.

Bekanntmachung.

Am 2. September d. J., dem deutschen Nationalfesttage, bleibt die Börse geschlossen.

Die auf Dienstag, den 2. September, fallende Productenbörse wird auf Montag, den 1. September, verlegt.

Leipzig, den 23. August 1884.

Der Börsenvorstand
I. und II. Section.

Sedan-Feier.

Die hiesigen Handelsfirmen und Gewerbtreibenden werden ersucht, durch Schließung ihrer Geschäftslocale am 2. September d. J. zur Feier des Nationalfesttages beizutragen.

Leipzig, den 27. August 1884.

Die Handelskammer. Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, Secr.
Die Gewerbekammer. D. M. Oehler, Vors. Herzog, Secr.

Königliches Gymnasium.

Zu dem Schulactus am Sedantage, Vormittags 9 Uhr (Festredner: Herr Dr. Häbler), ladet im Namen des Lehrercollegiums ergebenst ein

Leipzig, am 30. August 1884. Richard Richter, Rector.

Sedanfeier der Thomasschule.

Zu dem am 2. September Vormittags 9 Uhr stattfindenden Festactus beehre ich mich hierdurch im Namen des Lehrercollegiums ganz ergebenst einzuladen.

Leipzig, am 31. August 1884. Dr. Jungmann.

Nicolaigymnasium.

Zur Theilnahme an dem Dienstag, **den 2. September Vormittags 10 Uhr** stattfindenden Festactus (Festredner: Herr Oberlehrer **Dr. Vogel**) ladet hierdurch im Namen des Lehrercollegiums ergebenst ein

Leipzig, den 30. August 1884. Dr. Theodor Vogel.

Realschule zu Reudnitz.

Dienstag, den 2. September 1884, Vormittags 10 Uhr, wird im Festsaal der Realschule aus Anlaß des Sedanfestes eine in Gesang, Festrede (Obl. Reßler) und Declamationen bestehende

öffentliche Schulfeierlichkeit

abgehalten, zu welcher die Angehörigen der Schüler, sowie Freunde und Gönner der Realschule im Namen des Lehrercollegiums hierdurch ganz ergebenst einladet

Reudnitz, den 29. August 1884. Dr. J. Heubner, Dir.

Bekanntmachung.

Am Sedantage, Dienstag, den 2. September, werden mit Rücksicht auf die in Leipzig stattfindende allgemeine öffentliche Feier die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publicum bei den Postanstalten in Leipzig wie folgt abgehalten:

7—9 Vormittags, 11—1 Mittags und 5—8 Uhr Nachmittags.

Leipzig, 30. August 1884.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Die diesjährige

Leipziger Michaelismesse

beginnt officiell am **29. September** und endigt den **18. October.**

Während dieser drei Wochen können **alle in- und ausländischen** Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbtreibenden ihre Waaren hier öffentlich feilbieten.

Doch kann der Großhandel in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten Vorwoche vom **22. September** an betrieben werden.

Das **Auspacken** der Waaren ist den Inhabern der Meßlocale in den Häusern ebenso wie den in Buden und auf Ständen feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Böttcherwoche gestattet.

Zum **Einpacken** ist das Offenhalten der Meßlocale in den **Häusern** auch in der Woche nach der Zahlwoche erlaubt.

Jede frühere Eröffnung, sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufslocales, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird mit der sofortigen Schließung und außerdem jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu **75 Mark** oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden.

Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptzollamtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis mit Ende der Woche nach der Zahlwoche des Speditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, am 5. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir das Friedhofswesen für die hiesigen Friedhöfe in nachstehender Weise neu geordnet haben.

Die Vergebung der Grabstellen auf dem neuen Johannisfriedhofe und auf dem nördlichen Friedhofe, die Ausfertigung der Concessionsscheine, die Vereinnahmung der Concessionsgelder und die Erledigung der sonstigen auf den Betrieb bezüglichen Angelegenheiten findet **von Donnerstag, den 4. September dieses Jahres ab** in der in den Räumen des hiesigen Königlichen Standesamtes, Schloßgasse 22, I., errichteten Friedhofsexpedition statt. Als **Cassirer** derselben haben wir Herrn **Carl Raimund Eugen Zschörner** und als **Controleur** Herrn **Gustav Schlichter** angestellt. Wir machen übrigens noch besonders darauf aufmerksam, daß der geschäftliche Verkehr in dieser Expedition wesentlich erleichtert werden wird, wenn die Betheiligten bei Anfragen die Concessionsscheine über früher gelöste Grabstellen vorlegen.

An Stelle des am 4. September dieses Jahres in den Ruhestand tretenden bisherigen Herrn Friedhofsinspector **Heyne** ist Herr **Inspector Carl Kiehm** mit der Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes auf dem neuen Johannisfriedhofe beauftragt worden und hat derselbe seine Wohnung und Expedition in dem links vom Eingange zum neuen Johannisfriedhofe gelegenen Wohnhause.

Leipzig, den 29. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Für den Termin Michaelis dieses Jahres sind **vier Ausstattungsstipendien** im Betrage von 77 ℳ 8 ₰, 67 ℳ 45 ₰ und zweimal 40 ℳ 47 ₰ an hiesige, arme, unbescholtene Bürgerstöchter, deren Verheirathung in die Zeit von Michaelis vorigen Jahres bis Michaelis dieses Jahres fällt, von uns zu vergeben und sind schriftliche Gesuche darum unter Beifügung der Eheschließungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie, was das eine **nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederfehrer'sche Stipendium** von 40 ℳ 47 ₰ anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis **zum 6. October** laufenden Jahres auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 15, einzureichen.

Leipzig, den 12. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Wegen Neupflasterung wird die **Colonnadenstraße** auf der Strecke von der Durchfahrt am Dorotheenplatze bis zur Alexanderstraße vom **Mittwoch, den 3. September dieses Jahres** an auf die Dauer der Pflasterarbeiten, soweit diese es erforderlich machen, **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 28. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die Herstellung eines Zufuhrweges nach der im Rosenthale südlich des **Fußwegs**, welcher von der **Waldstraßenbrücke** nach dem Elsterstege beim neuen Schützenhause führt, gelegenen Elsterlache soll an **einen Unternehmer in Accord** verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Zufuhrweg zu einer Elsterlache"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum **6. September** dieses Jahres, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 26. August 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Das **Ranft'sche Gäßchen** wird wegen Einführung der Wasserleitung in ein Privatgrundstück vom **Mittwoch, den 3. September laufenden Jahres** ab auf circa 3 Tage **für allen Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 29. August 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die **Gewerbekammer** zu Leipzig hat beschlossen, zur theilweisen Deckung ihres Verwaltungsaufwandes für das laufende Jahr auf **jede Mark** des für das Einkommen in Spalte 4 des Einkommensteuer-Catasters (Einkommen aus Handel und Gewerbe) entfallenden Steuerbetrages

einen Zuschlag von 1 Pfennig

erheben zu lassen.

Dieser Zuschlag, welcher mit dem auf den 30. d. Mts. fallenden Hebetermin der staatlichen Einkommensteuer erhoben werden soll, ist von den zur Gewerbekammer wahlberechtigten Gewerbtreibenden des Kammerbezirkes (Stadt Leipzig, Zwenkau, Taucha, Markranstädt und die zur Königl. Amtshauptmannschaft Leipzig gehörenden Landgemeinden), deren bezügliches Einkommen 600 ℳ übersteigt, zu entrichten.

Leipzig, den 1. September 1884.

Die Gewerbekammer.
D. M. Oehler, Vors. Herzog, Secr.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 1. September 1884.

* Charakteristisch für den schon erwähnten **conservativen Wahlaufruf** ist es, daß ihn alle Theile der auseinanderfahrenden conservativen Partei in ihrem Sinne verwenden: die „**Kreuzzeitung**" und der „**Reichsbote**" für ein Bündniß mit dem Centrum, die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**" gegen ein solches Bündniß. Daß es gelingen wird, den rückschrittlichen Flügel der Partei, welcher sich durchaus zu seinem Schaden ans Centrum klammern will, von dieser Taktik abzubringen, ist nicht wahrscheinlich. Wäre die Verblendung dieser Conservativen nicht unheilbar, so hätten sie längst durch die Haltung der Centrumspresse darüber belehrt werden müssen, daß die Entwickelung der Dinge in der nächsten Legislaturperiode nicht diejenige sein wird, welche sie träumen. Das Centrum hat einen viel zu guten politischen Tact, um nicht herauszumerken, daß diesmal seine Bundesgenossen auf der Linken zu suchen sein werden. Die ausgegebene Wahlparole, „gouvernementale" Wahlen durch Unterstützung deutsch-freisinniger Candidaten zu verhindern, beweist das aufs Klarste. Der „Westphälische Merkur" will „gleich ein oder zwei Dutzend gouvernementaler Candidaten als Brandopfer auf den Holzstoß binden" und räth den Centrumswählern, „sich nach einem freisinnigen Candidaten umzusehen, der in Sachen des Culturkampfes die nöthigen Garantien giebt". Herr Richter, bemerkt dazu das ultramontane Blatt, wird gern einen solchen nominiren. Wir glauben das auch. Ein deutschfreisinnig-ultramontanes Wahlcartel würde uns von allen denkbaren noch als das am ehesten mögliche erscheinen. Das Centrum wird im neuen Reichstage viel mehr die demokratisch-oppositionelle, als die aristokratisch-rückschrittliche Seite vorkehren, und die sich für Centrumswahlen ereifernde „Kreuzzeitung" wird dabei eine klägliche Rolle spielen. Auf Gegenseitigkeit scheint ja die „Kreuzzeitung" bei ihren Bemühungen ohnehin keinen sonderlichen Werth zu legen. Sie würde sich sonst wohl auch verrechnen. — Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**" führt noch weiter aus:

Der **Wahlaufruf des Wahlvereins der deutschen Conservativen** geht von der Erinnerung an eine große politische Thatsache aus, indem er sich auf die Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881 beruft, welche „die Ziele einer auf christlicher Volksanschauung gegründeten socialen Reform" vorgezeichnet hat, und schärft den Wählern ein, daß sie bei den Wahlen zu entscheiden haben werden, ob sie dem von Sr. Majestät ergangenen Rufe zu treuer Mitarbeit an dieser höchsten Aufgabe Folge leisten wollen.

Wir halten dafür, daß dieser Ausgangspunct für den Wahlaufruf sehr glücklich gewählt ist und von Erfolg sein wird. Der Wahlaufruf charakterisirt die Situation und eröffnet das Verständniß für dieselbe, und das ist ein großes Verdienst gegenüber der von anderer Seite ausgehenden Verdunkelungsbestrebung.

Denn die Opposition, angeblich im Ungewissen über die Vorlagen, welche dem Reichstage demnächst gemacht werden könnten, versucht es, den Wählern einzupauken, daß die Ziele der Reichspolitik überhaupt verschleiert wären, und speculirt auch auf die Beängstigung, welche durch die Ungewißheit erzeugt wird, indem sie zugleich den leeren Raum mit Schreckbildern eigener Erfindung bevölkert, dabei aber regelmäßig verschweigt, über welche Fragen der Reichstag in seiner bevorstehenden Legislaturperiode sich unfehlbar zu entscheiden haben wird: über das Militair-Septennat und die Fortdauer des gegen die Umsturzbestrebungen gerichteten Ausnahmegesetzes — über die beiden Vorbedingungen einer ruhigen, nationalen Fortentwickelung.

Indem aber der Aufruf durch die Erinnerung an die Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881 das Verständniß der Situation belebt, gewinnt er zugleich den Vortheil, den Wählern einen Maßstab für die Beurtheilung der Leistungen und Bestrebungen der deutschen Conservativen in die Hand zu geben. Sie können sich darauf berufen, der durch die kaiserliche Botschaft inducirten Politik unentwegt ihre volle Unterstützung gewährt zu haben, und halten daran, daß ihre Bestrebungen innerhalb des Rahmens dieser Politik bleiben.

Die Partei begreift vollkommen, in welchem Zeichen sie siegen kann, und wie sie auf diesem Verständniß ihre Zuversicht und ihre Kraft schöpft, so wird sie Niemand darin beirren wollen, die Sympathie der Wähler für sich anzurufen. Die Partei der deutschen Conservativen kann sich mit Recht für ihre Bestrebungen auf ihre Leistungen berufen. Aber sie hat auch an der Schwierigkeit, mit welcher sie zu kämpfen hatte, um ihre Unterstützung der Reichspolitik Erfolg zu geben, erkennen müssen, daß **eine** Fraction allein nicht im Stande ist, der Reichspolitik eine verläßliche und den Erfolg verbürgende Majorität zu geben. Und je aufrichtiger die deutschen Conservativen bestrebt sind, der Reichspolitik diesen Erfolg zu geben, um so bereitwilliger müssen sie Allen die Hände bieten, welche gleich ihnen zu positiver Mitwirkung bereit sind.

Ueber den Beruf hierzu entscheidet nicht der Parteiname, auch nicht der theoretische Dissensus; denn alle Welt weiß, daß die parlamentarische Arbeit ohne Compromisse selten zu positiven Resultaten führt; daß aber jede Verständigung einer verläßlichen politischen Gemeinsamkeit ausgeschlossen bleibt — nicht nur bei erklärtem Widerspruch gegen die Ziele und den Weg, welcher zu ihnen führen soll, sondern auch, wo eine Berücksichtigung des Fractionsinteresses ausreicht, um eine Kriegserklärung gegen die Regierungspolitik zu begründen — das wird man auch auf Seiten der deutschen Conservativen beherzigen, und danach wollen wir die Aufforderung ihres Wahlaufrufs: überall da, wo für conservative Candidaten „eine Mehrheit nicht zu erreichen ist, denjenigen Candidaten anderer Parteien zu unterstützen, welcher bei Beantwortung der an ihn zu stellenden bestimmten Fragen unserer conservativen Anschauung am weitesten entgegenkommt", gern acceptiren.

* In **Berlin** ist die **deutsch-freisinnige Wahlbewegung** mit einer Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei im **zweiten** Berliner Reichstagswahlkreise eröffnet worden. Als Candidat wurde Professor **Virchow** aufgestellt. **Eugen Richter** befürwortete diese Candidatur in einer ausführlichen Rede. Er hat in den Alpen offenbar die beste Gelegenheit gehabt, die geheimsten Absichten der Reichsregierung zu ermitteln, denn er konnte als zuverlässig mittheilen, daß der neue Reichstag unmittelbar nach den Wahlen mit dem Geschäftssteuergesetze begrüßt werden würde. Ueberhaupt werde die Entscheidung bei den Wahlen praktisch darauf hinausgehen, ob eine Vermehrung der Steuern eintreten soll, oder ob die alten Grenzen bewahrt werden sollen. Es sei schwer zu berechnen, welche Summen an neuen Steuern nothwendig seien, um alle die Versprechungen zu erfüllen, welche Fürst Bismarck gemacht habe. Eugen Richter glaubt, daß eine Summe von drei bis vierhundert Millionen dazu gebraucht werde. Dazu steigerten sich die laufenden Bedürfnisse, namentlich die Militairausgaben, so daß wir jetzt wieder zu einem Deficit gekommen seien. Die Regierung bemühe sich, vor diese Frage einen Vorhang vorzuziehen. Sie lenke von der Hauptfrage ab und frage jetzt: „Wie denken Sie über Afrika?" Die Regierung habe den Plan, im Reichstage zwei Mehrheiten zu schaffen, eine conservativ-clericale und eine conservativ-nationalliberale, damit der Kanzler abwechselnd auf dem einen oder anderen Instrument spielen könne. Die Nationalliberalen würden heute angelockt, sie seien auch gutmüthig genug, dahin zu flattern. Zum Schluß seiner Rede schloß dann Richter den conservativen Candidaten des zweiten Wahlkreises liebevoll in seine Arme. Hofprediger Stöcker habe 1881 in den Wahlen zwei Häuser gehabt, jetzt scheint es, als ob es ihm schwer würde, eine Schlafstelle zu bekommen. Es scheine, als ob Stöcker durch eine hohe Hand zurückgestellt werde. Das wäre schade, denn ohne ihn wäre es mit der conservativen Partei, die durch Antisemitismus aufgefrischt werden müsse, vorbei. Freilich dürfe Stöcker nicht beim ersten Aufmarsch der Partei erscheinen, und deshalb sei es wünschenswerth, daß die Niederlage des Herrn Stöcker so gewaltig als möglich werde. Die Wahlparole, die hiernach Eugen Richter auch bei diesen Wahlen wiederum ausgiebt, lautet also: **Front gegen die jetzige Regierung, die wiederum zweihundert bis vierhundert Millionen neuer Steuern haben will.** Woher er das Alles weiß, hat Herr Richter nicht verrathen. Er macht sich damit freilich den Wahlkampf sehr bequem. Er kann jetzt seine aus dem Hagener Wahlkreise berüchtigt gewordenen Flugblätter einfach wieder abdrucken und die noch auf Lager liegenden unverändert verwerthen. Und des Erfolges kann er ja gewiß sein, denn welcher Wähler will nicht gern seinem Rathe folgen, vor dem Steuerboten die Taschen zuzuhalten?

* Der als Interviewer bekannte „Times"-Correspondent, Herr v. **Blowitz**, hat am Dienstag eine Unterhaltung mit **Jules Ferry** gehabt, über welche er seinem Blatte ausführlichen Bericht erstattet. Den Text zu den Auslassungen des französischen Premierministers lieferte der von den Pariser Zeitungen in sehr mißfälliger Weise besprochene Artikel der „**Times**" über die **französischen Operationen bei Foutschou.**

„Ich kann völlig verstehen", sagte Mr. Ferry u. A., „daß unser Vorgehen in **China** Handelsnationen Unbehagen einflößt. Ich kann vollkommen verstehen, daß ein Journal von solchem Gewicht Frankreich daran erinnert, daß in China commercielle Interessen Außenstehender zu respectiren sind, aber ich kann nicht einsehen, daß eine Zeitung wie die „Times" vergessen sollte, daß der Empfindlichkeit einer befreundeten Nation ihre Rechnung getragen werden muß. Ehe die „Times" in dieser Weise sprachen, hätten sie ermitteln sollen, ob wir die Interessen von Neutralen hintansetzen oder nicht. Vor Allem hätten sie die gebieterischen Pflichten berücksichtigen sollen, die uns durch die verlängerte Hartnäckigkeit der Chinesen auferlegt worden . . . . . . Ich bin erstaunt, daß die englische Presse im Allgemeinen nicht einsieht, daß sie durch das Aufhetzen Chinas sich gegen ganz Europa auflehnt, und daß die Zuversicht, die sie den Chinesen gegen Frankreich einflößt, demnächst gegen England selbst gewendet werden mag. Der Tod des tapferen Capitains Rivière vor 15 Monaten machte es zu unserer Pflicht, mit der größten Energie in Tonkin vorzugehen. Von Anfang an fanden wir indeß überall die Hand Chinas, zuweilen verstohlen, ein anderes Mal trotzig, bewies es uns, daß die ungenaue Schätzung und hartnäckige Ignorirung unserer Stärke in dem äußersten Osten eine Kühnheit gegen uns provocirte, welche unser Ansehen und unsere Sicherheit bedrohte. Chinesische Diplomaten haben in einer Weise gehandelt, die dazu angethan war, alle unsere Gefühle zu beleidigen. Meine Friedensliebe und die mir obliegende Vorsicht haben mich genöthigt, Handlungen und Worte geheim zu halten, welche den legitimen Stolz der französischen Nation erweckt haben würden, und so lange es vereinbar mit meiner Pflicht war, vermied ich einen Bruch, auf den es, wie mir schien, offen abgesehen war. Wir hatten lange gewußt, daß China die gegen uns kämpfenden und von uns bekämpften Banden besoldete; doch so lange es möglich war, unterhandelten wir mit ihm. Selbst jetzt lehnen wir es ab, den Tientsiner Vertrag als eine Falle zu betrachten, sondern bleiben überzeugt, daß die beiderseitigen Unterhandlungen aufrichtig gemeint waren. Die mala fides und die Verwegenheit wurden indeß augenscheinlich, als nach dem Hinterhalt und der Verrätherei von Bac-Le China ein anstößiges Benehmen annahm, welches natürlich Unruhe erzeugte. Es wäre zur Zeit leicht für dasselbe gewesen, um Entschuldigung zu bitten und uns zu ersuchen, die uns in Bezug auf dieses Ereigniß schuldige Genugthuung zu discutiren. Statt dessen schlug es einen stolzen Ton an, und obwohl ich es mir kaum getraue, dies zu sagen, seine Vertreter gingen so weit, zu behaupten, daß China es sei, welches befugt wäre, eine Entschädigung von uns zu fordern. Trotz alledem gewährten wir Aufschub um Aufschub, obwohl wir wohl wußten, daß diese Zwischenzeit dazu benutzt wurde, Rüstungen gegen uns vorzunehmen. Endlich und in Uebereinstimmung mit dem Votum des Parlaments mußte ich einer Situation ein Ende sehen, in welcher unsere Ehre gefährdet zu sein schien. Wir hatten versucht China zu behandeln nicht als eine civilisirte Nation, geneigt, für einen unabsichtlichen Vertrauensbruch zu büßen, sondern als ein barbarisches Volk, von dem Wunsche beseelt, aus seiner Verrätherei Nutzen zu ziehen. Diese Züchtigung ist ertheilt worden, und wir hatten dieselbe um so härter zu machen, weil sie den verwegenen Irrthümern Chinas ein Ende setzen sollte. Wir träumen von keiner Eroberung. Was wir wollen, ist: die friedliche Occupation Tonkins und China die Achtung einflößen, welche es uns schuldet. Wenn dieser Zweck erreicht ist, werden wir zufrieden sein. Im Gegentheil, dies sollte Europa zeigen, daß wir im Interesse der civilisirten Welt handeln."

Jules Ferry erklärte schließlich, daß er es nicht für nothwendig halte, die Kammern einzuberufen. „Ich beabsichtige strict innerhalb der Grenzen zu bleiben, die mir durch das Vertrauensvotum der Kammer vorgezeichnet worden sind."

SLUB
Wir führen Wissen.